

Thema des Monats Oktober 2017

Doktoratsstudien: Wunsch nach Anlaufstelle

20.09.2017

Wien/Salzburg (APA)–Derzeit belegen rund 27.000 Studenten in Österreich ein Doktoratsstudium. Ihr häufigstes Problem dabei liegt im konkreten Betreuungsverhältnis mit ihrem Doktorvater bzw. ihrer Doktormutter. Sowohl die Ombudsstelle für Studierende als auch die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) wünschen sich daher an jeder Hochschule eine institutionalisierte Anlaufstelle bei Problemen.

Am 20. September veranstaltet die Ombudsstelle für Studierende im Wissenschaftsministerium gemeinsam mit der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität in Salzburg eine Tagung zu "Doktoratsstudien im österreichischen Hochschulraum". Das häufigste Anliegen der Doktoranden betreffe ihre Betreuung, so der Leiter der Ombudsstelle, Josef Leidenfrost, zur APA. "Sie fühlen sich beim Verfassen ihrer Dissertation nicht gut genug, nicht oft genug oder nicht seriös genug betreut bzw. haben das Gefühl, dass das Betreuungsverhältnis eigentlich ein Nicht-Verhältnis ist."

Bessere Regelung nötig

Auch die Beratungen der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) drehen sich beim Doktorat vor allem um das Betreuungsverhältnis, berichtete ÖH-Vorsitzende Johanna Zechmeister. "Es gibt eine sehr starke Abhängigkeit. Außerdem ist nirgendwo geregelt, wie intensiv so eine Betreuung sein soll, wie oft man sich trifft oder was passiert, wenn mein Betreuer auf einmal nicht mehr kann–etwa weil er ins Ausland geht oder nicht länger an der Hochschule tätig ist."

Die ÖH wünscht sich für letzteren Fall eine rechtliche Regelung–etwa über eine Co-Betreuung oder eine Garantie der Uni, einen anderen Betreuer zur Verfügung zu stellen. "Ein Problem ist auch, dass es an den Unis nicht überall institutionalisierte Anlaufstellen bei etwaigen Problemen gibt", so Zechmeister.

Eine solche wünscht sich auch Leidenfrost: In der "Europäischen Charta für Forscher" sei verankert, dass Arbeitgeber–also im Regelfall Unis–"geeignete Verfahren einführen, eventuell in Form einer unparteiischen Person (in der Art eines Ombudsmanns), um Beschwerden/Einsprüche von Forschern zu behandeln, einschließlich derer über Konflikte zwischen Betreuern und Nachwuchsforschern". Derzeit seien in Österreich solche Stellen als eine Art "Erstversorgung vor Ort" nur vereinzelt etabliert, etwa an der Technischen Universität (TU) Graz und der Uni Klagenfurt.

Auch Betreuung für Betreuer angeregt

Zechmeister regt wiederum auch eine Art "Betreuung für die Betreuer" an. Noch nicht allzuweit verbreitet ist die Anstellung von Doktoranden bei den Unis. Es gebe im Anschluss daran auch nicht die nötigen Laufbahnstellen. Daher finanzierten viele ihr Doktorat auch über Stipendien, die aber wiederum oft für den Lebensunterhalt nicht ausreichten. Folge: Das Doktoratsstudium dauert länger als eigentlich vorgesehen. Rund die Hälfte der Doktoranden breche ab, von den Erfolgreichen schafft es nur ein Viertel in der Regelstudienzeit.

Gewisse Rahmenbedingungen für eine Dissertation werden aber schon jetzt durchaus gefördert: Der Hochschul-Sektionschef im Wissenschaftsministerium, Elmar Pichl, verwies in einer Grußadresse auf die Vergabe der Hochschulraum-Strukturmittel im Rahmen der Uni-Budgets. Dort ist festgehalten, dass die Unis dann zusätzliches Geld für bei ihnen angestellte Doktoranden erhalten, wenn etwa eine Dissertationsvereinbarung mit einem Zeit- und Arbeitsplan abgeschlossen wird oder die Betreuung bzw. Begleitung durch ein Team erfolgt.